

BBB gegen Google-Datenspeicherung

(Bruchköbel/pm/jgd) - Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) wendet sich in einer Pressemitteilung gegen einen „völlig überflüssigen und deshalb nicht hinnehmbaren Eingriff in die Privatsphäre aller Bürger“, als dessen Verursacher man die Internetfirma Google ansieht: Wie in der Presse der vergangenen Tage zu lesen war, will der Internetkonzern Google in Deutschland flächendeckend Aufnahmen von Straßen und Häusern machen, um die Fotos und Adressen anschließend weltweit zu vernetzen und zu vermarkten. Die schwarzen Autos mit Google-Aufkleber und einem etwa 1,50 Meter hohen Mast auf dem Dach, an dem vier Kameras befestigt sind, sind bereits auf dem Weg durch unsere Städte. Durch die 360-Grad-Fotos kann jeder Internetnutzer künftig auf einem virtuellen Spaziergang durch alle Städte und Dörfer Deutschlands gehen und somit auch die Häuser, Vorgärten, Hauseingänge und PKW in Bruchköbel und den Nachbarkommunen betrachten. Alle Häuser und Flächen Bruchköbels seien jedoch längst aus der Vogelperspektive im Internet anzusehen, so der BBB. Daher sollten sich die Bürgerinnen und Bürger gegen weitergehende Erfassungen wehren und von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen. Nach Angaben des Regierungspräsidiums Darmstadt könnten Widersprüche per E-Mail an streetview-deutschland@google.com oder per Post an Google Germany GmbH, Betr. Street View, ABC-Straße 19, 20354 Hamburg gesendet werden. Ein Muster-text für den Widerspruch sei im Internet unter www.rp-darmstadt.hessen.de rechts unter „Aktuelles“ und auf der Homepage des BBB (www.bruchkoebeler-buergerbund.de) zu finden. Hier könne auf der Startseite ein bearbeitbares Worddokument mit einem Widerspruchsmuster abgerufen werden. „Im Internet ist ohne Zustimmung der Bürger schon viel zuviel an Daten und Bildern gespeichert worden“, so BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. „Manche dieser Daten sind eine Fundgrube für Diebes- und Räuberbanden, die vom Computer aus ganze Kommunen und lohnende Einbruchsziele auskundschaften können. Mit der Erhebung des Widerspruchs bei Google können die Bürger das in diesem Fall verhindern. Deshalb ruft der BBB alle Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen!“